

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 11.

Leipzig, den 13. März.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 10, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition (interimistisch) M. Hendel, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

An unsere Leser

Richten wir die freundliche Bitte, da mit dem 1. April ein neues Quartal beginnt, das Abonnement bei den Postanstalten und Buchhandlungen sofort zu erneuern, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Kreuzbandsendungen werden wir für das neue Quartal nur dann befördern, wenn spätestens bis zum 1. April uns der Betrag von 15 Ngr. franco eingesandt wird. Wir glauben indeß im Interesse der betreffenden geehrten Abonnenten selbst zu handeln, wenn wir sie ersuchen, das Abonnement bei der nächsten Postanstalt aufzugeben, da dieser Weg der schnellste und sicherste für die Beförderung ist.

Ebenso richten wir

an unsere Parteigenossen

die dringende Aufforderung, nach Kräften für die Verbreitung des Parteiorgans zu wirken. Wir glauben mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, daß wir Alles gethan haben, was die schwachen Mittel uns erlaubten, um das Blatt zu einem Organ zu machen, welches die Interessen der Partei rücksichtslos und entschieden nach allen Seiten vertritt; wir erwarten deshalb, daß jeder Einzelne es für seine nächste Pflicht erachtet, die Verbreitung des Blattes kräftig zu fördern.

Die Redaktion des Demokratischen Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Ein Attentat gegen das Vereinerrecht. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — An die Buchbinder, Ktuis- und Cartonagen-Arbeiter. — Beilage: Aus Spanien. — Zwei Broschüren. — Muster-Schema für Agitationsberichte aus Sachten. — Anzeige.

Politische Uebersicht.

Am 4. März räumte Johnson, der unwürdig befundene Präsident der Vereinigten Staaten widerstandslos dem Mann die Stelle, welchen das Vertrauen der Nation ihm zum Nachfolger gegeben hat. Nicht einen Tropfen Blut kostete die Beseitigung des freiheitsfeindlichen Staatsoberhauptes. In größter Ruhe und Ordnung vollzog sich der Personenwechsel, der zugleich ein Systemwechsel ist. In einer Monarchie hätte mindestens eine Straßenschlacht geschlagen werden müssen. Diese Leichtigkeit, mit der Republiken sich schlechter Regierungen entledigen, ist bekanntlich der schlimmste Uebelstand der republikanischen Staatsform — wie die Lobredner der Monarchie sagen.

General Grant, der neue amerikanische Präsident, hielt nach seiner Vereidigung auf die Constitution folgende Ansprache an seine

„Mitsbürger!

Eure Abstimmung hat mich zum Präsidenten erwählt. Ich habe den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid ohne

inneren Vorbehalt geleistet mit dem Entschlusse, nach besten Kräften Alles, was meines Amtes ist, zu thun. Die Verantwortlichkeit meiner Stellung fühle ich, doch ich übernehme sie ohne Furcht. Das Amt ist mir ohne mein Suchen übertragen.

Ueber die wichtigsten Fragen beabsichtige ich alle Zeit dem Congresse meine Ansichten auszusprechen. Wenn ich es rathsam halte, werde ich mein Veto einzulegen, um Maßregeln, gegen welche ich bin, abzuwenden; doch alle Gesetze sollen getreulich ausgeführt werden, mögen sie meine Zustimmung haben oder nicht. Ich werde die Politik verfolgen, kein Gesetz zu empfehlen, welches mit dem Volkswillen im Widerspruch steht. Gesetze sind bestimmt, über Alle zu herrschen, sowohl über diejenigen, deren Beifall sie haben, als über die, welchen sie widerstreben. Ich kenne keine Methode, die Zurücknahme schädlicher Gesetze zu sichern, welche so wirksam wäre, als genaue Durchführung derselben. Viele Fragen werden sich in den nächsten vier Jahren erheben. Es ist wünschenswerth, daß sie mit Ruhe und ohne Vorurtheil erwogen werden mögen, da das größte Gut des Volkes und die Mehrzahl desselben auf's Innigste davon berührt wird. Diese beansprucht die Sicherheit der Person, des Eigenthums, der religiösen und politischen Meinung überall im Lande. Alle Gesetze, welche diese Absicht fördern, werden von mir nach besten Kräften unterstützt werden.

Zur Sicherung der Union hat eine große Staatsschuld aufgenommen werden müssen, deren Tilgung zugleich mit der

Rückkehr zur Metallwährung, sobald dieselbe ohne Schwädigung des Landes erfolgen kann, ins Auge gefaßt werden muß. Um der Nationallehre willen muß jeder Dollar Regierungsschuld in Gold bezahlt werden, wenn nicht im Contrakte andere Bestimmungen festgesetzt sind. Möge man nur wissen, daß auch hinsichtlich keines einzigen Pfennigs der Staatsschuld eine Reduktion*) stattfindet, so wird das schon viel zur Stärkung des Staatskredits beitragen, welcher der beste in der Welt sein müßte, und es wird uns schließlich in den Stand setzen, die Schuld durch Bonds**) zu ersetzen, für welche wir weniger Zinsen zahlen, als wir jetzt zu zahlen haben? Dazu soll eine ehrliche Erhebung von Steuern und strenge Rechenschaftsablage an das Schazamt für jeden erhobenen Dollar und die größtmögliche Einschränkung in den Ausgaben kommen. Wer zweifelt daran, daß es thunlich sein wird, jeden Dollar abzuführen und zwar mit größerer Bequemlichkeit, als jetzt, wo wir für unnützen Luxus zu zahlen haben. Der darniederliegende Verkehr muß wieder gehoben und die Industrie ermuntert werden. Die jungen Männer dieses Landes haben ein besonderes Interesse daran, die Nationallehre aufrecht zu erhalten. Augenblicke des Nachdenkens über unseren künftigen gebietenden Einfluß unter den Nationen sollten sie mit Nationalstolz begeistern. In welcher Weise die öffentliche Schuld getilgt, die Metallzahlung wieder aufgenommen werden soll, ist nicht so wichtig, als daß der Plan dazu gefaßt wird. Geeinigte Entschliegung zum Handeln ist mehr werth, als getheilter Rath über die Art des Handelns. Eine Gesetzgebung über diesen Gegenstand mag jetzt vielleicht nicht nothwendig, noch selbst rathsam sein, doch sie wird es werden. Sobald das Gesetz überall im Lande in voller Kraft wieder hergestellt, und der Handel in seine gewohnten Canäle geleitet ist, wird es mein Bemühen sein, die Gesetze getreulich auszuführen und für die regelmäßige Erhebung aller Staatseinnahmen zu sorgen. Ich werde nach bestem Ermessen nur solche Beamte ernennen, welche zur Ausführung dieses Planes geeignet sind.

Wo irgend die Flagge unseres Landes weht, beabsichtige ich die Rechte aller Völker zu achten, doch gleiche Achtung für unsere eigene zu fordern. Wenn andere von dieser Regel des Verkehrs mit uns abweichen sollten, so können wir veranlaßt werden, ihrem Vorgange zu folgen.

Die angemessene Behandlung der Indianer verdient die sorgfältigste Erwägung. Ich gedenke jedes Verfahren zu begünstigen, welches ihre Civilisirung, ihre Befehrung zum Christenthum und schließlich die Verleihung des Bürgerrechts an sie zum Ziele hat.

Ich hoffe und wünsche die endliche Annahme des Amendments zur Constitution, wodurch das allgemeine Stimmrecht gesichert wird.

Schließlich bitte ich darum, daß im ganzen Lande Einer gegen den Andern geduldige Rücksicht übe, und daß jeder Bürger den festen Entschluß fasse, sein Möglichstes zu thun, um das Glück der Union zu befestigen, und ich flehe zu Gott, daß er seinen Segen dazu gebe."

Das neue amerikanische Ministerium besteht aus Männern der streng republikanischen Richtung. Washburne, der an Seward's Stelle das Auswärtige übernimmt, zeichnet sich durch große Fähigkeiten und festen Charakter aus. Schofield, der Kriegsminister, hat sich im Kampf gegen die Südstaaten bewährt. Finanzminister Stewart genießt des allgemeinsten Vertrauens, ebenso wie Cox, dem das Innere übertragen worden ist.

Am demselben Tag, wo Präsident Grant seine Antrittsrede in Washington hielt, eröffnete in Berlin der König von Preußen den Norddeutschen „Reichstag“. Ein grellerer Gegensatz läßt sich nicht denken. Dort ein einfacher Bürger, der zu seinen Mitbürgern, hier ein Monarch, der zu seinen Unterthanen spricht. Dort der glückliche Schirmer der amerikanischen Staatseinheit, hier der erfolgreiche Zerstörer der deutschen Staatseinheit. Dort ein Triumph der Volksouveränität, hier ein parlamentarisches Schattenspiel an der Wand, mit dem der Absolutismus die großen und kleinen Kinder zu ergötzen sucht.

Der Wortlaut der Berliner Thronrede hat für unsere Leser kein Interesse. Sie läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen: Wir haben Furcht! Wir brauchen Geld!

Gleich in der ersten Sitzung des „Reichstags“ hatte Graf Bismarck, der alle Selbstbeherrschung verloren hat, eine „Szene“ mit dem Abgeordneten Twisten, den er ohne jeden Grund in der heftigsten Weise angriff. Einige Aeußerungen des Herrn Grafen waren so sonderbar, daß selbst die servilsten Nationalliberalen bedenklich den Kopf schütteln.

Unter dem Titel: „Der Kaiserwahnsinn“ bringt die „Deutsche Volkszeitung“ in Hannover einen sehr zeitgemäßen Aufsatz, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Wir wollen an der Hand der Geschichte die psychologischen Wirkungen verfolgen, welche große und rasch erlungene Erfolge, durch die Gunst des Glückes erlangte Herrschaft und Machtställe auf Menschen von mittelmäßiger Geisteskraft, die jener Güter theilhaftig werden, auszuüben pflegen. Die Geschichte der römischen Kaiserzeit, in welcher sich Wesen und Wirkung unbeschränkter, durch Usurvation erlangter Herrschermacht überbaut am klarsten ausprägen, gibt über jene von uns bezeichneten psychologischen Erscheinungen die beste Auskunft und weist die selben so häufig auf, daß die Geschichtschreiber dieser Periode sich veranlaßt gesehen haben, jene Erscheinungen mit einem technischen Ausdrucke als den „Kaiserwahnsinn“ zu bezeichnen. Die damit bezeichnete Seelenstimmung bestand nach jenen Geschichtschreibern (z. B. Jac. Burckhardt, Zeit Constantins des Großen) in einer aus Uebermuth und Angst gemischten Aufregung, hervorgerufen durch das Bewußtsein der Herrschaft über die Welt und durch die Furcht vor Allen, die nach Herrschaft streben konnten. Diese Aufregung und Ueberreizung steigerte sich zu einer völligen Zerrüttung des Geistes, welche die von ihr befallenen Herrscher wie Caligula, Nero, Commodus, Domitian, Commodus und Andere in die tollsten Ausschweifungen stürzte, durch welche die unaufhörliche Sorge übertäubt werden sollte, während gerade jene Seelenzerrüttung den Untergang der von ihr Betroffenen mit Nothwendigkeit herbeiführte. An Caligula hebt Niebuhr die Schlaflosigkeit als ein Hauptmerkmal jener Seelenstörung hervor. Nur außerordentlich hochbegabte Menschen, wie Constantin der Große, konnten trotz der Häufung von Freveln, denen sie ihre Herrschaft verdankten, jenem Schicksale des „Kaiserwahnsinns“ entgehen.

In neuerer Zeit haben wir ein Beispiel jener durch die Uebermuth der Erfolge verursachten Seelenstörung an Napoleon I. Unser großer Geschichtschreiber Schloffer sagt von ihm: „Napoleon ist seit dem Frieden von Schönbrunn unstreitig von dem Schwindel ergriffen gewesen, der einst Nebukadnezar und Amerlan fortgerissen hatte; er glaubte dem Schicksal trotzen zu können und duldete endlich Niemanden mehr, als wer unbedingt gehorchte.“ Schloffer erwähnt ferner zur Schilderung des Seelenzustandes des Kaisers der wunderlichen, volstrennen, prahlenden, schimpfenden und drohenden Reden, welche dieser in den letzten zwei Jahren vor dem russischen Feldzug bisweilen ohne allen ersichtlichen Anlaß und zu Jedermanns Erstaunen gehalten habe, und welche selbst die französischen Lobredner des Kaisers nicht zu entschuldigen wagen. Offiziöse Berichtigungen mußten dann den Eindruck jener kaiserlichen Reden, welche oft selbst den gewöhnlichsten Anstand verletzten, nachträglich abschwächen suchen.“

Ein böshafter Zufall bringt gerade jetzt einen Brief ans Tageslicht, den Graf Bismarck an General Grant geschrieben hat, oder der doch in seinem Namen an diesen geschrieben worden ist. Der Brief athmet Bewunderung für den Eroberer Vicksburgs und Richmonds (der zwei stärksten Festungen der amerikanischen Rebellen). Der Schreiber scheint keine Abnung zu haben, daß in Vicksburg und Richmond die Macht

*) Nichtanerkennung, Zahlungsweigerung.

**) Schatzkammer.

der amerikanischen Gesinnungsgenossen des Grafen Bismarck gebrochen ward.

Es war in jüngster Zeit vielfach die Rede davon, Graf Bismarck werde zurücktreten. Ja, wenn sich nur Jemand fände, der die Erbschaft übernehmen möchte!

Die erste Sitzung des „Reichstags“ mußte wegen „Beschlunsfähigkeit“ aufgehoben werden. Wie der „Reichstag“ begann, so endete das Abgeordnetenhaus, mit — Beschlunsfähigkeit. Es ward am 6. d. M. von seinen Leiden erlöst.

In einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses sollte die Cartellkonvention mit Rußland zur Sprache kommen, allein Graf Bismarck war „krank“, und so mußte die heikle Frage verschoben werden bis — zur nächsten Session, wo der schmachvolle Vertrag erneuert, also eine Interpellation „gegenstandslos geworden“ ist.

„Kampf gegen das Junkerthum! Kampf gegen den Osten! Kampf gegen Altpreußen! Kampf der Freiheit gegen die Unfreiheit!“ Diesen Schlachtruf stößt aus — kein „Welfen-Organ“, auch kein demokratisches „Schandblatt“, sondern jene Hauptstütze des Nationalliberalismus, genannt „Magdeburger Zeitung“. Sie müssen sehr unzufrieden sein mit dem Gang der „nationalen“ Bewegung, die Herren Nationalliberalen! Run, — sie werden bald wieder zu Kreuz kriechen. „Entweder geht Ihr mit uns, oder Ihr scheint nicht einmal wieder geht Ihr mit uns, oder Ihr scheint nicht einmal etwas!“ ruft ihnen höhrend die „Kreuzzeitung“ zu, und sie hat Recht.

Man schreibt uns: „Berlin, 8. März. Die Parteien, Fortschrittspartei voran, feierten dieser Tage den Schluß des Landtags mit Champagner und gegenseitiger Reklame, als ob in dieser fünfmonatlichen Sitzung etwas für das Volk und nicht lauter Volksfeindliches gethan worden wäre. Die Eröffnungsrede zum Reichstag war ganz nichtsagend; bemerkenswerth ist nur, daß auch diesmal wieder, wie das vorige Mal, der „inneren Feinde der Ordnung“, der Demokraten, erwähnt wurde. Man hat die Phrase von Louis Napoleon gelernt. — Auch noch ein anderes Stückchen scheint Bismarck dem Bonapartismus nachahmen zu wollen, nämlich die zur Täuschung des Volks aufgeführten parlamentarischen Scheingeschehe zwischen der reaktionären Regierung und ihren intimen Freunden. So fand gleich in der ersten Sitzung des Reichstags ein heftiger Wortstreit zwischen Bismarck und Twesten, dem Führer der Nationalliberalen, statt, wobei ersterer sehr erregt that. Ich halte diese Szene für eine (im Allgemeinen wenigstens) vorher abgekartete*, wie früher bei der schmachtvollen Räumung Luxemburgs die Interpellation des nationalliberalen Herrn von Bennigsen. Bennigsen und Twesten waren schon vor dem Kriege 1866 nur Scheinkämpfer und hatten vertrauliche Konferenzen mit Bismarck. Der Nutzen einer „lokalen Opposition“ ist auch gar zu einleuchtend: Das scheinbare Opponenten macht die Leute als „Kämpfer“ populär, und die Regierung hat dann eine Kammermajorität, auf die sie sich bei Allem, was sie thut, verlassen kann. Das nennt man — „praktische Staatsweisheit“. — Von den vielen, vielen Hunderten von Petitionen und Beschwerden, die bei dem Landtag eingelaufen waren, hat er nur einige in den paar Stunden der letzten Sitzung erledigen können: das Festessen durfte ja nicht kalt werden! Aber auch diese wenigen Petitionen werfen schon ein merkwürdiges Licht auf den „deutschen Missions-Staat“. Da ist unter Andern ein freisinniger Bäcker, Pippart, den man willkürlich und ohne sachlichen

Grund immer höher in der Steuer hinaufgeschraubt hat, bis die Steuern buchstäblich sein geringes Vermögen aufgefressen und ihn total ruiniert haben; jetzt wird ihm sein Gütchen verkauft. Frühere Petitionen und Beschwerden waren fruchtlos geblieben. — Die Härte gegen demokratische Steuerzahler gleicht die Regierung durch große Milde gegen ihre treuen Diener aus, wie eine Petition aus dem Städtchen Gurzno zeigt. Der dortige Bürgermeister ist ein siebenfacher notorischer Verbrecher, natürlich auch gegen die Sittlichkeit. Aber kein Staatsanwalt nimmt eine Klage an, und die Regierung setzt ihn nicht ab! Unerhörte Dinge wurden über diesen Mann im Landtag mitgetheilt, da meinte der Regierungskommissar: die Beschwerden seien übertrieben, der Betreffende habe sich gebessert, die Leute in Gurzno seien gar schlimm u. s. w. Das Seitenstück zu diesem Fall ist, daß man einen wegen Mordes zum Tode verurtheilten Priester Ossowicki zuerst zum Gefängnis begnadigt und dann frei gelassen hat. In Gniemkowo ist ebenfalls ein Beamter, Namens Osterling, der einer Anzahl von Reiterden bezüchtigt wird und nicht belangt werden kann, weil die Staatsanwaltschaft die Untersuchung nicht verhängt. Der Staatsanwalt ist nach preussischen Gesetzen ein blindes Werkzeug des Justizministers und muß nach dem Befehl des Letzteren anklagen und verschonen. Summa Summarum: Preußen ist der deutsche Kulturstaat!“

Die Wahlen in Ungarn haben jetzt begonnen und werden bis zum 23. März — 14 Tage lang dauern. Die Aufregung ist groß, blutige Schlägereien sind an der Tagesordnung, über 100 Personen sollen schon getödtet oder schwer verwundet sein. Es pflegt bei Ungarischen Wahlen stets heiß herzugehen, allein diesmal ist die Temperatur doch höher als sonst, und man glaubt in Wien steif und fest, es sei das preussischen „Einheizungen“ zuzuschreiben. Mag sein. In Sachen machen wir ähnliche Erfahrungen.

Man redet wieder viel vom „Ausgleich mit den Tschechen“. Den hoffnungseligen Optimisten gießt das böhmische Blatt „Correspondenz“ (früher „Politik“) einige Tropfen eiskalten Wassers auf den Kopf, indem es daran erinnert, daß acht seiner Redakteure wegen Preßvergehens im „Kerker“ sitzen!

Sämmtliche Börsen Europa's sind in fieberhafter Aufregung; ein panischer Schrecken hat sich der Spekulantem bemächtigt, ohne daß man einen greifbaren Grund dafür anzugeben wüßte. Doch das liegt ja in der Natur des panischen Schreckens. Das Kriegsangstfieber schwebt eben in der Luft. Ein, auf keine bestimmte Quelle zurückzuführendes Gerücht besagt, die französische Regierung habe an die belgische ein Ultimatum gestellt; ein anderes, der französische Kaiser habe den deutschen Depostidritten, als deren Fürsprech jetzt der Herzog von Nassau in Paris sein soll, baldigste Abhülfe ihrer Noth versprochen; ein drittes, zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien sei ein Schutz- und Trugbündniß zu Stande gekommen. Letzteres Gerücht wird bis zu einem gewissen Grad bestätigt durch die plötzliche Abberufung des preussischen Gesandten am Italienschen Hof, des Grafen Ugedom, und die gleich plötzliche Versetzung des italienischen Gesandten Nigra von Paris nach London. Graf Ugedom, Verfasser der berühmten „Stoß ins Herz“ Note, war die Seele der preussisch-italienischen Allianz, für die auch Ritter Nigra schwärmte und in Paris Ränke schmiedete.

Die Debatte um französischen gesetzgebenden Körper ist vorüber, — wie nicht anders zu erwarten, blieb die Opposition mit ihren Anträgen in der Minderheit. Der Angriff war gegen die Dynastie gerichtet, und Dynastien werden nicht durch Debatten gestürzt.

*) Darin können wir unfrem Correspondenten nicht beistimmen. Die „Erregtheit“ Bismarcks ist keine Komödie, wie die der Nationalliberalen. Sie hat ihre physiologischen Gründe. D. R.

Ein Attentat gegen das Vereinsrecht.

In Spanien sucht die Mehrheit der Cortes auf Umwegen zu ihrem Ziel, der monarchischen Spitze, zu gelangen. In einer Parteiversammlung hat sie einen Ausschuss von 15 Mitgliedern niedergesetzt, der einen Verfassungsentwurf ausarbeiten und Thronkandidaten vorschlagen soll. Jedoch ist auch die republikanische Partei nicht unthätig und durch Flugschriften und eine wohlorganisirte mündliche Agitation sucht sie namentlich der Landbevölkerung die Vortheile der Republik vor der Monarchie klar zu machen. Jedenfalls steht bereits so viel fest, daß die Errichtung eines Throns in Spanien, wenn überhaupt noch möglich, erst nach dem Gelingen einer blutigen Contrerevolution*) möglich ist.

Nach Berichten aus Cuba gewinnt der dortige Aufstand immer mehr an Ausdehnung. Die Rebellen wollen Abschaffung der Sklaverei und Anschluß an die Vereinigten Staaten von Nordamerika, denen die Insel auch durch ihre Lage zugehört. Die „provisorische Regierung“ hat einen Gesandten nach Washington geschickt, der natürlich von dem Präsidenten nicht offiziell empfangen werden kann, aber allseitig die freundlichste Aufnahme findet, eine Freundlichkeit, die sich nicht auf leere Worte beschränkt, da das Repräsentantenhaus (2. Kammer des Congresses) den förmlichen Beschluß gefaßt hat, die Unabhängigkeit Cuba's anzuerkennen, sobald die Aufständigen eine feste Regierung haben, mit anderen Worten, sobald sich die Unfähigkeit der Spanier, den Aufstand zu unterdrücken, herausstellt.

Im Freiburger Wahlbezirk hat die Volkspartei Julius Bahlteich in Magaz bei Dresden

als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. Ihue Jeder seine Schuldigkeit!

Im „Sozialdemokrat“ vom 7. d. M. lesen wir:

„Zur Beseitigung eines absichtlichen oder unabsichtlichen Mißverständnisses wird bemerkt, daß es Jedem freisteht, gegen den Vereinspräsidenten bei der Generalversammlung Beschwerde zu führen. Der Vereinspräsident wird sogar seinen Einfluß dahin verwenden, daß Nichtmitglieder, die ihn bei der Generalversammlung anklagen wollen, persönlich in einer Sitzung erscheinen und das Wort ergreifen können.“

Die Notiz können wir nur auf uns beziehen. Wir werden auf der nächsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erscheinen.

Am vorigen Donnerstag wurde dem Redakteur dieses Blattes gerichtlich mitgeteilt, daß Herr Fabrikant Dietel wegen des Artikels in Nr. 4 des „Demokr. Wochenblatts“ Klage auf Verleumdung erhoben und Gefängnisstrafe beantragt hat. Da Herr Dietel auf möglichst rasche Erledigung der Sache drang, so verlangten wir, um das Interesse der Wahrheit nicht leiden zu lassen, Einstellung des gerichtlichen Verfahrens während der Dauer der Reichstags- und Zollparlamentsession. Das kann nicht verweigert werden, und so haben unsere Freunde an Ort und Stelle hinlängliche Zeit das Material zu sammeln, und die Richtigkeit des von uns Veröffentlichten festzustellen.

*) Gegenrevolution, rückwärtsstrebende Revolution gegen die vorwärtsstrebende Revolution.

Die auf letzten Sonnabend anberaumte Landesversammlung der Volkspartei konnte nicht stattfinden, wenigstens nicht in der vorherbestimmten Weise. Schon am Freitag Morgen hatten wir Nachricht erhalten, daß die „Hagfeldter“ von Chemnitz einen Handstreich beabsichtigten; und die Ortsbehörden von Hohenstein-Ernstthal waren Sonnabend Nachmittag zur Anordnung der nöthigen Maßregeln aufgefordert worden. Die getroffenen Maßregeln erwiesen sich indes durchaus ungenügend, und als gegen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Abends, wo die Sitzung eröffnet werden sollte, etwa 80 — 100 Mann, mit Knütteln, zum Theil mit Messern bewaffnet und meist betrunken, angestürzt kamen, war die Versammlung völlig schußlos, und ein halbständiger Tumult erfolgte, während dessen die Feuerwehr requirirt ward, die den Saal räumte, worauf der Bürgermeister die Versammlung für aufgelöst erklärte. Der Bürgermeister selbst war von den Angreifern schwer mißhandelt worden, ebenso Bahlteich. Letzterer, der die Banditen mit ihnen, jedoch nicht gezogenen, Stoddegen abzuwehren suchte, ward wegen ungesetzlicher Führung von Waffen verhaftet, indes am Dienstag wieder entlassen.

Der Arbeiter-Congress, welcher auf Sonntag anberaumt war, wurde von den Veranstaltern selbst abbestellt, weil die Erbitterung mittlerweile so groß geworden war, daß ein blutiger Zusammenstoß unvermeidlich gewesen wäre.

Daß ein solcher Abends zuvor vermieden ward, ist einjig und allein dem gesunden Sinn unserer Leute zuzuschreiben, die sich sehr wohl bewußt waren, daß sie durch Gewaltthätigkeit nur die geheimen Zwecke der Anstifter gefördert hätten.

Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange, und wir haben gegründete Hoffnung, daß dem Treiben der „Hagfeldter“, welches das Tageslicht nicht verträgt, erfolgreich gesteuert werden wird, zumal die Masse der Chemnitzer Arbeiter es nach gerade müde geworden ist, sich von einer, in jeder Hinsicht — an Zahl, Charakter und geistigen Fähigkeiten — verächtlichen Minorität einschüchtern oder gar ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Das schon jetzt in unsern Händen befindliche Material stellt fest:

1) daß in Chemnitz eine von der Gräfin Hagfeldt regelmäßig besoldete, nach Muster der berüchtigten Decemberbände, halb militärisch organisirte Schaar besteht, die truppweise per Eisenbahn oder auf Leiterwagen in einem Umkreise von etwa 3 Meilen — bei besonderen Gelegenheiten, z. B. bei den gegenwärtigen Ersahwahlen, auch weiter — herumgeschickt wird, um für die Bismarck'sche Devise: „Durch Einheit zur Freiheit zu wühlen und Versammlungen der Volkspartei zu stören;

2) daß der Ueberfall vom vorigen Sonnabend lang vorher geplant war (die Angreifer hatten sämmtlich gedruckte falsche Mandate, von denen einige in unserm Besitz sind); und

3) daß Viele der beim Ueberfall Betheiligten Messer bei sich hatten und auf der Hinfahrt offen erklärten, dieselben müsse man mit den Führern der Volkspartei „ein Ende machen.“

Vom Zusammenhang dieses Hagfeldt'schen Unfalls mit den Bismarck'schen Annexionsbestrebungen ein andermal.

Der Zweck der Landesversammlung ward beiläufig auf dem Weg der Privatbesprechung vollständig erreicht, und die Gewerks-Genossenschafts-Bewegung, sowie die Organisation der Partei auf das Wesentlichste gefördert.

Ueber die Wahl- und die Vereins-Rechtsfrage, die auf dem Arbeiterkongress verhandelt werden sollten, hat eine demnächst einberufende zweite Landesversammlung zu entscheiden.

Erwähnt sei noch, daß am Sonntag Morgen in Hohenstein-Ernstthal mindestens 250 Vertrauensmänner aus allen Theilen des Lands zugegen waren — ein lebendiges Zeugniß für die Regsamkeit und Verbreitung unsrer Partei!

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Dem Verband sind beigetreten Burgstädt 85 Mann, Gelnhausen 24 Mann.

Der Vorort.

Jülich, d. 7. März. Unsere stürmischsten Wahlversammlungen boten kein solches Bild der Verwirrung als die gestern Abend hier einberufene Volksversammlung, in der die Schweizer Agenten, die Herren v. Bonhorst aus Wiesbaden, Hausstein aus Offenbach und Kölsch aus Mainz auftreten sollten. Die Lokalitäten des Hotel Rütt waren aufs äußerste überfüllt. Bei der Präsidentenwahl wurde der Vorsitzende des social-demokratischen Arbeiter-Vereins „Zukunft“, Arbeiter Löwenstein, von uns vorgeschlagen; da kam alles aus Rand und Band. Buchdruckereibesitzer Schröder! schrien die National-Liberalen ihrerseits, es entstand ein Lärm, in dem Keiner sein eigenes Wort verstehen konnte. Endlich kam es zur Abstimmung. Löwenstein hatte die Majorität, die Nationalen behaupteten ein Gleiches von Schröder, der Tumult wurde größer. Zimmergeselle Boß, der die Versammlung einberufen, dem wirde zu heiß und Hausstein aus Offenbach will den Vorsitz übernehmen, um einen mitanwesenden Augsburger vorzuschlagen. Neuer Tumult, man ruft und erklärt, Löwenstein habe die Majorität, er sei allein berechtigter Vorsitzender, darauf Lärm von der Gegenseite. Das Ende vom Liede war, daß nunmehr die Polizei einschritt und die Versammlung auflöste. Die Versammlung ging ruhig aus einander.

Aus Nürnberg empfangen wir heute, den 10. Nachts 2 Uhr, folgendes

Telegramm:

Nürnberg, den 9. März Nachts 12 Uhr.

Gegen v. Bonhorst glänzend gesiegt. Anwesend 800 Mann. Wendel Präsident. Cassaleaner errangen 2 Stimmen.

Rüll, Löwenstein.

Schwabach, der 23. Febr. *) Kürzlich theilte ich Ihnen mit, daß unser Arbeiterverein beschlossen habe, aus dem nationalliberalen „Arbeiterbunde“ auszutreten, heute bin ich in der Lage diese Mittheilung zu widerrufen, und zwar weil in der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung mit Anwendung aller nur erdenklichen Kniffe eine Majorität von 2 Stimmen Wiedereintritt in den Bund beschlossen hat. Ich will den Vorgang hier kurz referiren, muß dabei aber etwas weiter ausholen.

Unser früherer Arbeiterverein stand unter der Bevormundung eines Assessors Selling, der seiner Zeit auch Vertreter am Nürnberger Arbeitertag war. Dieser Herr, ein fleißiger Agent der Erlanger Fortschrittspartei, war lange Zeit die maßgebende Persönlichkeit; er hatte keine Opposition. Die Sache wurde anders, nachdem Lindmann feste Stellung gegen ihn nahm. — Der Austritt aus dem Verband und der Eintritt in den deutschen „Arbeiterbund“, welchen Selling am Arbeitertag in Nürnberg vollzog, wurde nicht einmal zuvor dem Ausschuss unterbreitet, weil überhaupt die damaligen Aus-

schußmitglieder im Laufe von 7—8 Monaten keine einzige Ausschusssitzung abhielten, Wochenversammlungen fielen auch oft 4 Wochen lang vollständig aus, kurz und gut — der Verein kam von ca. 150 Mitgliedern auf 52 herunter durch die Lässigkeit des Ausschusses. In einer Wochenversammlung von 10 höchstens 12 Mann wurde der Austritt aus dem Verband und der Eintritt in den Bund genehmigt, vom Bund hat man dann fast gar nichts mehr gehört, die meisten Mitglieder wußten ja nicht einmal, daß wir dem Bund angehören. Als Lindmann das erstemal den Antrag stellte, man solle aus dem Bunde austreten, drang er nicht durch; einige Ausschußmitglieder, welche im Ausschuss für den Austritt stimmten, waren in der Wochenversammlung dagegen! —

Lindmann stellte nach Verlauf von einigen Wochen wiederholt seinen früheren Antrag, und er wurde mit großer Majorität angenommen. Der Austritt aus dem „Arbeiterbund“ wurde dem Vorort des Bundes angezeigt, der Vorort gab Rückantwort, unterließ aber wohlweislich in No. 4. seines Organs davon Mittheilung zu machen, erstens, weil sofort der Bund durch unsere Gegner von der beabsichtigten neuen Agitation in Kenntniß gesetzt worden ist, und zweitens, weil es dem Bund nicht in den Kram paßte, den Austritt eines seiner zwölf Vereine anzuzeigen, während er in jeder Nummer des Organs zu Beitrittserklärungen auffordert, und die Vereine so schön bittet mitzutreten.

In der Wochenversammlung vom 15. d. Mts. begann nun die Agitation. Leute, welche das ganze Jahr nicht zu sehen waren, wurden hinkommandirt, es wurde der Beschluß der früheren Wochenversammlung als ein Fehler hinzustellen gesucht, es wurde schamloser Weise der Antrag gestellt, den Austritt aus dem Bunde für ungültig zu erklären, und im Bunde zu bleiben. Die Wochenversammlung stimmte widerholt darüber ab, die Antragsteller fielen mit ca. 20 Stimmen gegen ca. 50 Stimmen durch. —

Nun griff man zu einem neuen Mittel. Man beantragte eine außerordentliche Generalversammlung, die nach unsern Statuten berufen werden muß, wenn 12 Mitglieder eine solche beantragen.

Diese General-Versammlung fand nun gestern statt. —

Nachdem Lindmann dieselbe eröffnet und über die Gründe der Berufung gesprochen hatte, wurde er auf die größte Weise der Parteilichkeit beschuldigt, woraufhin er Veranlassung nahm, den Vorsitz an den II. Vorsitzenden abzugeben.

Nun wollte man von gegnerischer Seite, aus ächt jesuitischen Gründen, Lindmann fast zwingen den Vorsitz wieder zu übernehmen, worauf dieser jedoch unter keinen Bedingungen einging. — Die Sache wurde dann rein persönlich, man provozierte auf die brutalste Weise Lindmann's vollständige Ausscheidung und stellte sogar den Antrag ihn sofort abzusetzen, welcher Antrag jedoch mit circa 86 Stimmen gegen 6 abgeworfen wurde.

Der Antragsteller Selling entwickelte nun eine solche Fertigkeit im Aufstischen der allbekanntesten nationalliberalen Verdächtigungen, Verläumdungen und Lügen gegen die Bestrebungen unserer und der verwandten Parteien, daß sich jeder redlich Denkende, der die Verhältnisse kennt, nur darüber empören konnte.

Communismus, Revolution zc. waren die Schlagworte, mit denen man die Sache zu verdächtigen suchte. — Es wurde nun zwar von mehreren unsrer Parteiangehörigen, welche sämtlich Arbeiter im engsten Sinne des Wortes sind, entschieden geantwortet, doch haben wir eben nicht die Virtuosität in Wortenstellungen, in Ränken und Finessen, wie jener Beamte, der fast den ganzen Abend das große Wort führte.

*) Ohne unsere Schuld verspätet.

Während der Versammlung, die man absichtlich recht lange hingezögert hatte, mußten ca. 10 Mitglieder unserer Partei, welche bei ihren Meistern wohnen und an strenge Einhaltung der Hausordnung gebunden sind, die Versammlung verlassen. Darauf hat man gewartet. — Als es nun zur endlichen Abstimmung kam, waren 41 für den Austritt und 43 gegen den Austritt und also für das Bleiben im Bunde.

Lindmann hat selbstverständlich heute sofort seinen Austritt als Vorstand erklärt, da er es nicht mit seiner Ehre vereinbaren kann, Vorstand zu bleiben, nachdem man ihn auf solch brutale Manier zum Austritt provoziert hat. Im Vereine werde er bleiben, und mit allem Fleiß darauf sehen, daß sich die „guten Freunde“ der Arbeiter, die Beamten, Fabrikanten und Spießbürger keine Ausschreitungen ihrer Befugnisse zu Schulden kommen lassen können und dürfen. —

Eines müssen wir noch mittheilen, Landgerichtsaffessor Seling und Radelfabrikant Schmauser haben sich gestern in der Generalversammlung erboten: „Den Beitrag für sämtliche 150 Mitglieder aus ihrer Tasche an die Bundeskasse zu zahlen.“ Wir haben dieser Thatsache nichts hinzuzufügen.

(Wir rathen unsern Freunden auszutreten und einen neuen Verein zu gründen. D. Red.)

Selnhausen, den 5. März. Hiermit erklärt der hiesige Arbeiterverein seinen Beitritt zum Verband der deutschen Arbeitervereine, die Mitgliederzahl beträgt 24. Wir haben in der hiesigen Bevölkerung keinen leichten Stand, da wir nach zwei Seiten Front zu machen haben. Erstens gegen das Gothaertum (Nationalliberalismus), dem wir wegen unserer socialdemokratischen Gesinnung ein Dorn im Auge sind und zweitens gegen die große stumpfsinnige Masse. Durch Beschluß der Generalversammlung beabsichtigen wir eine Krankenunterstützungskasse zu gründen; wollten die Brudervereine uns hierbei durch Einfindung eines Krankenkassenstatuts unterstützen, so würde das uns sehr freuen. Auch beabsichtigen eine Anzahl Schuhmacher eine Produktivgenossenschaft zu gründen, Schwierigkeiten werden wir viele zu bekämpfen haben, namentlich gegen die Geldsäcke, die sich benachtheiligt glauben, aber wir werden frisch Hand ans Werk legen.

Berlin, d. 9. März. Berliner demokratischer Arbeiter-Verein. Sitzung vom 8. März. Tagesordnung: Referat und Diskussion über „Demokratie und Sozialdemokratie“. Vorsitzender Milke weist am Eingange seines Referats auf die Nothwendigkeit hin, daß die Begriffe „Demokratie“ und „Sozialdemokratie“ erörtert werden, weil bei so vielen Parteibestrebungen oft Unberechtigte sich diesen Namen usurpiren, (anmaßen). „Demokratie“, wörtlich: Volksherrschaft, bezeichne nicht die Herrschaft einer gewissen Volksklasse, sondern die Herrschaft des ganzen Volkes, die Rechtsgleichheit „alles dessen, was Menschengesicht trägt“. Dieser Rechtsgleichheit aber standen bisher die Interessen einzelner Klassen entgegen, welche nach einander die Oberhand gewannen. Als die Feudalmacht unterlag, kam die Bourgeoisie, hervorgebracht durch die moderne Produktionsweise, ans Ruder und bis heute noch beutet diese die arbeitenden Klassen aus. Die Bourgeoisie ist daher nicht befähigt einen demokratischen Staat zu schaffen, weil in diesem sich ihre Interessen nothwendig verlieren müßten. So hat man in Frankreich allerdings im Jahre 1848 das allgemeine Wahlrecht proklamirt und einen Arbeiter in die Regierung geschickt; als die Arbeiter aber Produktiv-Genossenschaften forderten, da verband sich die Bourgeoisie mit der Reaktion. Ebenso hat unsere Bourgeoisie Demokratie das allgemeine Wahlrecht von ihren Forderungen abgesetzt, weil es ihr in dem Krume nicht mehr paßte, und nur wenige un-

ferer früheren Demokraten sind den Prinzipien von 1848 treu geblieben. Der größte Theil der Fortschrittspartei verfiel den Interessen der Bourgeoisie, erstrebt nur solche Rechte für das Volk, welche die Herrschaft der Bourgeoisie nicht gefährden, wie Freiheit der Schule u. s. w., thut aber nichts für das materielle Wohl der Arbeiter. Die Demokratie, selbst die alte, unverfälschte, nützt daher dem Volke nichts, wenn sie sich nicht zur Sozialdemokratie erweitert und durch Umgestaltung der jetzigen Produktionsweise die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter verbessert. In der Schweiz und in Amerika ist der Arbeiter durch die Bourgeoisie ebenso übel daran wie hier, die Republik allein kann ihn also nicht retten, sondern nur die Sozialdemokratie.

Hr. Richter weist darauf hin, daß die sogen. Demokraten der Fortschrittspartei nur solche Conzessionen machen, in denen sie gezwungen sind, ja das thue sogar Bismarck, wie jetzt durch Einbringung des Gesetzes, welches die Beschlagnahme des Lohnes unter gewissen Verhältnissen verbietet.

Hr. Havenith präcisirt*) daher den Unterschied zwischen der Demokratie und der Sozialdemokratie dahin, daß die erstere nur die Aenderung der politischen Form, die letztere dagegen die der gesellschaftlichen anstrebe.

Hr. Tesch verlangt von der Demokratie ganz besonders die Betonung der religiösen Frage, und Hr. Jäger nennt die Fortschrittspartei wegen Bewilligung des Militärbudgets die Zerreißer der Volksrechte.

Hr. Carl Hirsch entwickelt darauf als letzte logische Konsequenz**) der Demokratie „die Republik“, in welcher die wahre Demokratie, nach dem Schwinden aller Klassenherrschaft, verwirklicht sei. Bevor aber nicht die Bildung und das nationale Wohl der arbeitenden Klassen erreicht sei, werden dieselben gegen die Staatsform gleichgültig sein und sich um das Staatswesen sehr wenig kümmern. Was nützt das allgemeine Wahlrecht, wenn es noch ungebildete Leute giebt, die ihre Stimme für einen Schnaps verkaufen? Wie kann man da einen für das Staatsinteresse empfänglichen Sinn bei denen voraussetzen, die ihr ganzes Leben hindurch nur von der Hand zum Munde leben? Nur dadurch, daß die jetzige Produktionsweise umgestaltet wird, kann dem Arbeiter geholfen werden, denn sie ist es, welche die Bildung und das materielle Wohl der Arbeiter in den letzten hundert Jahren nicht, wie Hr. May Hirsch vor acht Tagen in seinem Vortrage „das hundertjährige Jubiläum des Dampfes“ sagte, gefördert, sondern beeinträchtigt hat. Es kann aber diese neue gesellschaftliche Form nicht durch die Gnade Einzelner hervorgerufen werden, sondern nur durch das Mitwirken Aller. Der Staat muß die Arbeitszeit auf ein gewisses Maß beschränken und die Arbeit der Kinder und verheiratheten Frauen in den Fabriken verbieten. Ferner muß er, ebenso wie er reichen Unternehmern Credit gewährt, auch den Arbeitern mit Credit helfen. Dann erst wird sich der Arbeiter mit Politik beschäftigen. Das ist das Wesen der Sozialdemokratie. Jeder aber haben sich Junker in die Sozialdemokratie eingeschlichen und diesen Namen in Verruf gebracht, daher muß man laut erklären, daß Schweizer nicht identisch***) sei mit Sozialdemokratie.

Hr. Bartels bemerkt, es müßten Vertreter aus dem Volke selbst heraus gewählt werden, zweitens müßten diese sich durch Intelligenz, Moralität und Humanität auszeichnen. Verstand allein ist nicht genügend, es muß ihm auch Charakter und Herz beigelegt sein. Ein Antrag des Hrn. Havenith auf Ge-

*) Präzisiren, d. h. präzis, scharf und klar ausdrücken, erklären.

**) Nothwendiges letztes Ergebnis.

***) Eins und dasselbe, gleichbedeutend.

laß einer Adresse an den Amerikanischen Präsidenten Grant betreffs der Arbeiterfrage wird auf Antrag Mehnert's „um den Personencultus zu vermeiden“, abgelehnt. (Bravo!)

Saalfeld, d. 2. März. Hier hat sich ein Lokalverein der Handarbeiter gebildet, die sich der von Grimmischau unter Leitung Herrn Motteler's ausgehenden Gewerkschaft der Weber, Spinner, Hand- und Fabrikarbeiter anschließen werden. Sehr gut gefällt es uns, daß man den vom Vorort Leipzig ins Leben gerufenen Gewerkschaften gleich von vorn herein den internationalen Charakter ausprägen will. Die Farbenarbeiter werden sich ebenfalls vereinigen und sich Grimmischau anschließen. Die Metallarbeiter stehen gleichfalls im Begriff, sich zu organisiren. Diese Rührigkeit unserer Arbeiter ist zu verwundern, wenn man bedenkt, daß die große Mehrzahl bis jetzt so gut wie nichts von der Arbeiterbewegung gehört und verstanden hat. Die mißlichen sozialen Verhältnisse drängen aber die Leute von selbst auf den rechten Weg; so müssen z. B. Kinder nicht selten bis Nachts 12 Uhr arbeiten, um die Woche nur einige Kreuzer mehr nach Hause zu bringen, da der Kinderlohn per Tag nur 10 Kreuzer (nicht ganz 3 Groschen!) beträgt. Auch herrscht hier ein entsetzliches Zunftbürgerthum und ein horrificierendes*) Beamtenhum.

Burgstädt, d. 10. März. Wir sind heute bereits in der angenehmen Lage, Ihnen mittheilen zu können, daß unser junger Arbeiterverein schon auf 85 Mitglieder angewachsen ist und täglich neue Mitglieder gewinnt. Die letzte Volksversammlung hier hat unsern Verein wie der ganzen Partei sehr genützt, und werden wir eifrig bestrebt sein, die sozial-demokratischen Prinzipien in immer weitere Kreise zu tragen. Unser Vorstand ist provisorisch auf drei Monate gewählt, alsdann soll definitiv die Wahl stattfinden. Noch zeigen wir Ihnen an, daß der Verein beschlossen hat, sich Ihrem Verbands anzuschließen.

Rittweida, d. 7. März. Nachdem am vorigen Montag unser Arbeiterverein eine Arbeiterversammlung abgehalten hatte, über die wir schon berichteten, war für gestern Abend von den paar hiesigen Schweizerianern ebenfalls eine allgemeine Arbeiterversammlung einberufen worden, in der Herr Schumann und Herr Liebisch auftreten sollten. Letzterer erschien indes nicht. Die Versammlung war so stark besucht, daß viele keinen Platz mehr fanden. Bei der Vorsitzendenwahl siegte unsere Partei mit großer Majorität, indem Herr Proze vom Arbeiterverein gewählt wurde. Herr Schumann hielt dann einen längeren Vortrag über unsere sozialen Zustände und die Mittel zu ihrer Aenderung, namentlich schilderte Redner die Zustände in Preußen und besonders in Berlin in sehr düstern Farben. Er forderte zum Beitritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und die Schweizer'schen Arbeiterschaften auf. Nach ihm sprach Herr Vogel aus Limbach, der denselben Standpunkt wie Herr Schumann vertrat. Da trat um ein Viertel auf 11 Uhr der von uns sehnlichst erwartete Herr Bebel ein. Nach einer kurzen Pause ergriff dieser das Wort und ging nun Herrn Schumann wegen der Agitation in Sachsen, die er nur betreibt, um die Organisation der Volkspartei zu stören, scharf zu Leibe. Es entstand ein sehr heftiger Kampf zwischen den beiden Rednern, an dem sich noch Herr Vogel und Herr Renzel von hier, der den, auch unsern Rittweidaer Arbeitern bankrott gewordenen Schulze'schen Standpunkt vertrat, beteiligten. Den Beteuerungen des Herrn Schumann gegenüber, daß er gekommen sei, um die Einigkeit herzustellen, zog Bebel verschiedene Artikel aus

*) Borussifiziren, verwrossen, verbjismachen. (Borussia lateinisch für Preußen).

dem „Sozial-Demokrat“ an, die er vorlas und daraus nachwies, wie die Herren Schumann und Liebisch officiell geschickt seien, um die Volkspartei zu bekämpfen und ihre Organisation zu stören; die Versöhnung, die man im Angesicht des Gegners predige, sei nur eine Maske. Bebel beantragte eine Resolution, wonach die Versammlung erklären sollte, daß sie zwar auf dem Boden der sozial-demokratischen Prinzipien stehe, aber keine Veranlassung habe, in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein oder die Schweizer'schen Arbeiterschaften einzutreten. Die Diskussion über diese Resolution sowie die Abstimmung mußte indes unterbleiben, weil der Wirth erklärte, daß er den sofortigen Schluß der Versammlung verlange, indem die Polizei ihn bereits angezeigt, weil er über die Mitternacht hinaus (es war 1 Uhr) die Versammlung geduldet habe. In Folge dessen schloß der Vorsitzende sofort die Versammlung. Wäre es zur Abstimmung gekommen, so hätte sich unzweifelhaft die überwältigende Mehrheit der Anwesenden für die Resolution erklärt.

(Wir ersuchen unsere Parteigenossen, sich künftig, wenn die Versammlungen über Mitternacht hinaus dauern, durch solche Drohungen von Seiten der Polizei nicht einschüchtern zu lassen. Nach dem Vereinsgesetz hat die Polizei kein Recht dazu. Ist die Versammlung dem Gesetz gemäß angezeigt, dann giebt es keine Zeit und keine Stunde, in der sie geschlossen werden müßte. Wir haben alle Ursache, das ohnehin schon so beschränkte Vereins- und Versammlungsrecht uns nicht noch mehr verkümmern zu lassen. Kommen von Seiten der Beamten Geschwierigkeiten vor, dann beschwere man sich sofort bei den höheren Instanzen.)

Lukenwalde, d. 9. März. Vorigen Sonntag fand hier eine Versammlung von Tuchwebern statt, welche die Tuchweber des Arbeitervereins einberufen hatten. Trotzdem, daß zur selben Zeit noch verschiedene andere Vereine und Versammlungen tagten, hatten sich gegen 500 Personen eingefunden. Alle vier durch die Zunfteinrichtung bestehenden Gruppen waren zahlreich vertreten, nämlich die verheiratheten Tuchmacher, die unverheiratheten Tuchmacher, die Zeugmacher und die Weber. Der Vorschlag zu einer Vereinigung sämmtlicher Stuhlarbeiter zu einer Kasse, und zur Wahrung der Interessen der Stuhlarbeiter den Behörden und Arbeitgebern gegenüber, sowie im Bunde mit den Webern anderer Städte eine Gewerks-Gesellschaft zu gründen, wurde mit großem Jubel begrüßt und einstimmig angenommen. Sämmtliche Redner sprachen sich dafür aus, und wollte man nach ächter Arbeiterart entschlossen sofort und ohne Zögern Hand ans Werk zu legen. Mit Rücksicht jedoch auf die Abwesenden wurde beschloffen, erst in einer zweiten Versammlung ein Comité zur Ausarbeitung der Statuten zu ernennen. Die Erfolge unserer Thätigkeit hier übertreffen bedeutend unsere Erwartungen; man kann hier sehen, was mit gutem Willen und einiger Energie zu leisten ist. Desto mehr müssen wir uns über die Berliner Gesinnungsgenossen wundern, daß diese so wenig von sich hören lassen.

Glauchau, den 9. März. Ich habe Ihnen heute über den glänzenden Verlauf einer Volksversammlung zu berichten, die gestern Abend hier im Theaterlokal abgehalten wurde. Dicht gedrängt Kopf an Kopf standen die Massen da, mehrere hundert Besucher mußten wegen Mangel an Platz umkehren. Mindestens 2000 Personen, eher mehr als weniger, möchten anwesend sein. Bei der Präsidentenwahl wurde ohne großen Widerspruch von Seiten der anwesenden Cassalleaner der Vorsitzende des Volksvereins **Bebel Albert** gewählt. Den angekündigten Vortrag über die „soziale Frage“ und die Gewerkschaften hielt Herr Bebel. Ob-

gleich dieser körperlich sehr angegriffen war, so sprach er doch über 1 1/2 Stunde unter der allgemeinsten Aufmerksamkeit und unter häufigen Beifallsbezeugungen während des Vortrags und am Schlusse. Nach Bebel trat Herr Schumann aus Berlin auf. Er erklärte, er könne gegen den Vortrag nicht das Mindeste einwenden, nur wolle er wissen, warum Bebel nicht über den Berliner Kongreß und die Schweizerischen Arbeiterschaften gesprochen habe? Nach Herr Schumann sprach Herr Stolle aus Crimmitschau des ausführlicheren über die Gewerksgenossenschaften, indem er an einer Reihe von Uebelständen, welche die Arbeiter drücken und ihnen das Leben verkümmern, nachwies, wie hier nur durch die Gewerksgenossenschaften Abhilfe geschaffen werden könne; er betonte namentlich auch die Nothwendigkeit einer internationalen Organisation der Gewerksgenossenschaften. Herr Bebel beantwortete hierauf in drastischer Weise die Anfragen des Herrn Schumann unter großer Heiterkeit der Versammlung, zugleich erörterte er kurz die Gründe der gegenseitigen Bekämpfung. Die Debatte währte bis nach 12 Uhr; abwechselnd beteiligten sich von Schweizerischer Seite Schumann und Richter, von Seiten der Volkspartei Bebel, Stolle und Dozauer aus Zwickau. Bebel warf Schumann unter andern auch „jesuitische Wortverdrehung“ vor, weil derselbe seine Aeußerungen stets im entgegengesetzten Sinne darzulegen suchte. Schließlich beantragte Herr Bebel folgende Resolution: „Die Versammlung erklärt sich mit den sozial-demokratischen Prinzipien einverstanden, sie hat aber keine Veranlassung sich der Agitation des allgemeinen deutschen Arbeitervereins oder den Schweizerischen Arbeiterschaften anzuschließen, sie wird vielmehr die Organisation der Volkspartei unterstützen und die vom Borort Leipzig ins Leben gerufenen Gewerks-Genossenschaften nach Kräften fördern.“

Herr Schumann und Herr Richter bekämpften, Stolle und Bebel befürworteten die Resolution. Bei der Abstimmung erklärte sich die ungeheure Mehrheit der Versammlung für die Resolution, dagegen stimmten nur etwa 30 Mann.

Meerare, den 7. März. Freitag den 5. März haben wir hier im bairische Haus eine allgemeine Arbeiter-Versammlung abgehalten. Saal und Gallerien waren zum Erdrücken gefüllt; es waren bestimmt 2000 Mann anwesend. Herr Eberlein wurde zum Vorsitzenden gewählt. Unser Abgeordneter Bebel, sprach über das allgemeine Wahlrecht und dessen Bedeutung in Staat und Gemeinde. Er entschied sich dahin, daß Jeder nach sächsischem Gesetz mit 21 Jahren mündige Mann auch das unbeschränkte Wahlrecht für Staat und Gemeinde haben müsse. Er kam hierbei auch auf die Heimaths- und Armenunterstützungsfrage zu sprechen und wies unter Darlegung der einschlägigen Verhältnisse nach, daß die Armenpflege allgemeine Staatsache werden müsse, wenn die Freizügigkeit und die Erlangung des Heimathsrechts an jedem Orte eine Wahrheit werden solle. Nach einer Pause sprach er dann in einem zweiten Vortrag über Zweck und Bedeutung der Gewerksgenossenschaften. Die gespannte Aufmerksamkeit während des Vortrags und der lebhafteste Beifall nach demselben bewies, welch guten Boden die Gewerksgenossenschaften bei uns finden werden. Zum Schluß wurde noch die Wahl eines Deputirten zum sächsischen Arbeiterkongreß vorgenommen und fiel die Wahl hierbei auf Herrn Eberlein, Vorstand des Volksvereins.

Leipzig. Der von den Leipziger Buchbindergehülfen gegründete Buchbinderverein wächst in erfreulicher Weise. Bereits haben sich Mitgliedschaften in Nürnberg und Stuttgart

mit über je 100, in Hannover mit 40 Mitgliedern, außerdem in Dresden, Göttingen, Hamburg, Fürth, Regensburg, Ostheim, Saalburg und Markneukirchen gebildet. Ebenso haben die Kollegen in der Schweiz ihren Beitritt erklärt und wirken eifrig für Ausbreitung des Vereins. Von ihnen ist der Antrag eingegangen, den Verein zu einem internationalen zu machen, und nachdem dieser Antrag von der Leipziger Mitgliedschaft mit Stimmeneinhelligkeit angenommen worden ist, wird uns von den Züricher Kollegen die Mittheilung, daß auch die Berufsgenossen in Belgien, Frankreich und England sich organisiren. Geht schon aus alle dem hervor, daß der Kongreß außerordentlich zahlreich besetzt werden wird, so läßt sich auch aus der Aufforderung in No. 26 des „Sozialdemokrat“ an die Gewerkschaft der Buchbinder zc. (nach dem Berliner Kongreßstatut), sowie den Erklärungen des Berliner Ortsvereins der Buchbinder (nach Hirsch-Dunder'schem Statut) schließen, daß alle Parteien das Möglichste thun werden, um durch hohe Anzahl von Vertretern den Sieg für ihr Prinzip zu erringen. Es läßt sich aber auch voraussehen, daß die Verhandlungen äußerst lebhaft und interessante werden, und es ist höchst wichtig, daß alle Collegenkreise sich vertreten lassen.

An die Buchbinder, Portefeulle-, Etui- und Cartonagenarbeiter.

Nachdem die uns von einer beträchtlichen Anzahl von Kollegen in den verschiedensten Theilen Deutschlands und der Schweiz zugekommenen Beitrittserklärungen zum gegründeten internationalen Buchbinderverein und Anmeldungen von Delegirten konstatirt haben, daß unser Vorgehen sich bei Anerkennung unserer Berufsgenossen erfreut, ist es uns eine angenehme Pflicht, hiermit nochmals alle Arbeiter und Kleinmeister der obengenannten Gewerke einzuladen, zu dem am 28. März und an den folgenden Tagen im Hotel de Saxe hier stattfindenden ersten Congreß der Buchbinder, Portefeulle-, Etui- und Cartonagen-Arbeiter ihre Vertreter zu schicken.

Bei der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung, wie bei der Bedeutung, die die Beschlüsse dieses Congresses für die Interessen unseres Standes haben müssen, ist es nothwendig, daß alle Collegenkreise vertreten sind. Mögen die Berufsgenossen in kleinen Städten sich mit einander verbinden, um so Delegirte abordnen zu können, oder ihre Mandate an ihnen bekannte Kollegen naher großer Städte oder an uns einzusenden.

Behufs der Abstimmung bitten wir, in den Mandaten sowohl die Gesamtzahl der Kollegen am betreffenden Orte als auch die Zahl der Wähler des Mandatträgers genau anzugeben, und nur Arbeiter oder Kleinmeister der obigen Gewerke zu Delegirten, und zwar auf 1 — 30 in kleineren Städten 1, auf jede weitere volle 30 Kollegen in größeren Städten ebenfalls 1 Abgeordneten zu wählen. Die Delegirten erhalten von den hiesigen Kollegen freies Quartier.

Berufsgenossen! es gilt uns zu organisiren zum gemeinsamen Schutze und zum Kampf gegen die sozialen Mißverhältnisse; schon haben die Kollegen in vielen größeren Städten Deutschlands und der Schweiz ihren Beitritt erklärt, und in Frankreich, England, und Belgien arbeiten eifrig an der Organisation; wir erwarten daher, daß alle Kollegen eintreten in unsere Reihen und ihre Vertreter zum Congreß entsenden mit uns aber schnellstens in Verkehr treten, damit wir ihnen noch rechtzeitig Statutenentwurf, Programm und Tagesordnung zuschicken können. Mit collegialischem Gruß

Das prov. Comité: Gotter, Ihde, Kunath, Minckwitz, Schwanebeck, Berner, Petersstraße Nr. 18.

Aus Spanien.

Cadix, 26. Februar 1869.

Ein hiesiger Republikaner hat einen „Catecismo democratico republicano“¹⁾ verfaßt, der an Radikalismus und Klarheit der Ansicht wenig zu wünschen übrig läßt und im Allgemeinen den Geist der Partei, zum Theil den des Liberalismus in Spanien überhaupt gut zur Darstellung bringt. Ich theile einige Stellen mit der Kuriosität halber; Spanien hat einen merkwürdigen Umschwung begonnen; was am meisten zu bedeuten hat ist das, daß sich der heißblütige Geist die Ideen der Demokratie nicht nur zum Luxus angeschafft hat, sondern sie auch unter jeder Bedingung durchführen will, ohne Kompromisse und Aufschub, und mögen sie auch nicht gleich siegen, so sind sie und werden sie doch immer mehr ein mächtiger Bestandtheil in der Entwicklung Neuspaniens; einer Regierung, welche die Punkte des gleich am Anfange der Revolution aufgestellten Programms von Cadix nicht redlich und genau durchzuführen suchte, würden die entschiedenen Liberalen mit Recht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegenüber treten.

Das Recht des Einen ist das Recht Aller; das des Einen kann das des Andern nicht angreifen, das des Einen nicht das Aller, noch das Aller das des Einen. Wer im Namen des Rechtes mein Recht angreift, stellt sich außerhalb des seinigen; wie der im Namen der Freiheit die meinige angreift, sich außerhalb der Freiheit stellt. Frage: Wie muß man die bezeichnen, welche im entgegengesetzten Sinne denken? Antwort: Als Ignoranten oder Verbrecher. Frage: Die Regierungen, welche sich nicht auf die reine demokratische Lehre gründen, verdienen einen solchen Namen? Antwort: Ja. Die Wahrheit ist eine einzige und untheilbare. — Es giebt nur ein System, welches wahrhaft dem menschlichen Rechte angemessen ist: die demokratische Lehre. — Frage: Kann es eine demokratische Monarchie geben? Antwort: Nein, wie es nicht einen wahrhaften Katholiken geben kann, der zugleich wahrhafter Protestant wäre, einen Atheisten²⁾, der Deist³⁾, eine weiße Farbe, welche schwarz wäre. Die Monarchie ist immer die Erhebung einer Reihe ominöser⁴⁾ Privilegien in einer Person zur Macht. Ist die Demokratie die Gleichheit, die Monarchie das Privileg: so ist das Eine die Negation⁵⁾ des Andern. Der König übt immer Akte aus, durch seinen Willen allein, welche Usurpationen⁶⁾ der fremden Rechte sind. — Ferner wird eine Republik mit einem Präsidenten verworfen, der sich vom Könige nur in Betreff der Erbllichkeit und Zeitweiligkeit der Macht unterscheidet. Die wahre demokratische Republik will über sich nicht eine ähnliche Gefahr. Ein Präsident mit dem Veto⁷⁾, Herr der Kräfte zu Land und Meer, mit dem Privileg, Frieden oder Krieg zu erklären, die Kammer zu eröffnen, zu suspendiren⁸⁾, zu schließen, zu ernennen den Ministerrath, auch wenn er für seine Handlungen verantwortlich ist und des Hofes entbehre und sein Gehalt mäßig sei, ein solcher Präsident ist dennoch so versucht gegen die Freiheit der Bürger ein Attentat⁹⁾ zu machen, wie der König gegen seine Untertanen. Alle höchste Gewalt ist absorbent¹⁰⁾. Napoleon I. machte sich

als Konsul zum Kaiser und Napoleon III. als Präsident, springend über Ströme Blutes, ahmte seinem Vorfahren nach, ein nicht weniger großer Tyrann Frankreichs und der Freiheit von Europa. Frage: Wie muß man eine Republik ohne Präsidenten verstehen? Antwort: Vermittelt der legislativen¹⁾ Macht in permanenten²⁾ Cortes. Diese ernennen das Ministerium, und dasselbe, die exekutive³⁾ Macht, ist der Sanction⁴⁾ aller seiner Akte durch jene unterworfen. Genießt ein Ministerium nicht das Vertrauen der Majorität, reicht es seine Demission⁵⁾ ein. — Die Cortes thun die Pflichten des Regenten, und so ist das Volk wahrhaft Souverain.

Was weiterhin folgt, läßt sich durch folgendes Schema⁶⁾ anschaulich machen:

Rechte.	Pflichten, die die Rechte vor- aussetzen.	Freiheiten, auf welche sich die Rechte beziehen.
1. Das Recht zum Leben.	Die Pflicht zu leben.	Alle.
2. Das Recht zur Arbeit.	Die Pflicht zu arbeiten.	Die Freiheit der Versammlung, Affoziation, Profession, Handel, Industrie.
3. Das Recht zur Familie.	Die Pflicht, für meine Familie zu sorgen und die fremde zu achten.	Freiheit des Kultus, der Erziehung, der Presse.
4. Das Recht zur Vertheidigung.	Die Pflicht, meine Person und Unterdrukke zu vertheidigen.	Freiheit der Versammlung, Affoziation, Profession, Petition, Sanction d. Gesetze.
5. Das Recht zur Hülfe.	Die Pflicht, zur Hülfe des Bedürftigen beizutragen.	Freiheit der Versammlung u. Affoziation.
6. Das Recht zur Instruktion.	Die Pflicht, mich zu unterrichten und die öffentliche Erziehung zu pflegen.	Freiheit des Kultus, der Erziehung, Affoziation, Profession.
7. Das Recht zum Eigenthum, freien Erwerb und Anwendung der Vortheile meiner Arbeit.	Die Pflicht, das fremde Eigenthum zu respektiren (achten).	Freiheit des Handels, der Industrie, Profession.

Der Freiheit des Kultus wird sehr energisch und rückhaltlos gegen die Kirche und Hierarchie¹⁾ das Wort geredet; von der der Presse heißt es: Die Presse ist die mächtigste Waffe der menschlichen Intelligenz; sie ist der Schrecken der Tyrannen, Heuchler und Ignoranten²⁾. Jedes Pressgesetz oder jedes Reglement³⁾ für ihren Gebrauch ist ein Angriff auf die Intelligenz und das Gewissen des Menschen. In Betreff der Einheit des Staates wird jedes Sondergericht entschieden verworfen, jedes Privileg, jede Immunität⁴⁾; eine Kammer nur ist erlaubt. Der Senat ist ein Rad, welches die legislativen Geschäfte aufhält, und ein die Souveränität des Volkes entehrendes Gegen-

¹⁾ Demokratisch-republikanischer Katechismus. ²⁾ Wer an keinen Gott glaubt. ³⁾ Wer an Einen Gott glaubt. ⁴⁾ unheilvoller. ⁵⁾ Verneinung. ⁶⁾ Annahmen, Bergewaltigungen. ⁷⁾ Recht des Einspruchs. ⁸⁾ die Beschlüsse der gesetzgebenden Körper außer Kraft zu setzen. ⁹⁾ unterbrechen, zeitweilig außer Thätigkeit setzen. ¹⁰⁾ Angriff. ¹¹⁾ will Alles absorbiren, d. h. in sich auffaugen, sich unterwerfen.

¹⁾ gesetzgebenden. ²⁾ beständigen, stets versammelten. ³⁾ die ausübende, vollziehende Gewalt. ⁴⁾ Billigung, Bestätigung. ⁵⁾ Entlassung. ⁶⁾ Tabelle. ⁷⁾ Priesterherrschaft. ⁸⁾ Unwissenden. ⁹⁾ Verordnung. ¹⁰⁾ Befreiung von Strafen und Lasten.

gewicht. In Betreff der Scheidung der Kirche vom Staate heißt es: Der demokratische Staat bezahlt keine Kirche. Keine Religion hat innerhalb der Freiheit des Kultus einen Vorzug. Der geistliche Stand bedeutet nichts mehr als eine Profession, wie die des Arztes, Advokaten, oder ein Handwerk, wie das des Zimmermanns, Maurers, Schuhmachers. Wer ein paar Stiefel braucht, einen Tisch oder eine andere Arbeit, kommt mit dem Handwerker überein: dann beim Empfange derselben bezahlt er das Werk; ebenso der, welcher eine Consultation ¹⁾ mit dem Arzte und Advokaten nöthig hat: er bezahlt den Dienst. Zwischen diesen Professionen und Leistungen und dem Amte der Prediger oder dem priesterlichen existirt in guter Logik kein Unterschied. Wer eine Messe, eine Beichte für seine Sünden, eine Taufe, Heirath, Begräbniß nöthig hat, mag den Priester bezahlen, daß er ihm diese Dienste leiste, nach ausgemachtem Preise oder Tarif, da es ungerecht ist, daß die Einen Dienste für die Andern bezahlen; die Dienste muß bezahlen, wer sie erhält. Das Gegentheil ist die Absorption ²⁾ des Einzelnen durch die Kirche, und heißt einen Fuß setzen in das System der theokratischen ³⁾ Regierung. Geschworenengerichte werden für alle Arten Vergehen verlangt. — Am Schlusse stehen 14 Glaubensartikel, entsprechend den 14 des katholischen Katechismus. Es sind folgende:

1. Das göttliche Recht der Könige ist allein für die Einfältigen eine Wahrheit und ein Ogdach für die Schlechten.
2. Die politische und soziale Zukunft der Welt ist die Herrschaft der Demokratie.
3. Je mehr die Regierungen die Völker tyrannisiren, um so schneller kommen diese zur Herrschaft ihrer Stärke und der Gerechtigkeit.
4. Der Thron — (absolut⁴⁾ oder konstitutionell⁵⁾ — ist immer von Natur Feind der Freiheit und der Rechte der Menschen.
5. Die besten Allirten der Tyrannen sind die dem freien Gebrauch der Vernunft feindlichen Regionen.
6. In allen Zeiten sind die Völker geeignet, sich nach den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu regieren.
7. Die, welche nur für die Zukunft die Republik lieben, verwerfen die Gerechtigkeit für die Gegenwart, ohne Zweifel in Anbetracht dessen, was ihnen aus ihrer unnachgiebigen Hand entweichen will.
8. Man kann nicht zugleich monarchisch und demokratisch sein, weil man nicht zugleich Gott und dem Teufel dienen kann.
9. Das Glück der Völker steht in direktem Verhältnisse zu ihren Freiheiten.
10. Der Mensch ist sein eigener Herr, und so müssen die Völker sich durch die Volkssouveränität regieren.
11. Alle Prinzipien der Gerechtigkeit lassen sich mit den Füßen treten und sind mit den Füßen getreten worden außerhalb der Demokratie.
12. Der Traum der Regierungen ist der Geist der Verführung zu Staatsstreichen, und der Bürger muß immer mit einem Auge offen schlafen, um über seine Staatslenker wachen zu können.
13. Für den Republikaner sind mehr, als alle Garantien der Rechtschaffenheit und des Liberalismus der Minister, ein gutes Gewehr werth und viel Munition.

¹⁾ Befragung, Berathung. ²⁾ Aufsaugung, Unterdrückung. ³⁾ Theokratie, Herrschaft Gottes, das heißt der Priester; theokratisch also priesterlich, psäffisch. ⁴⁾ unbeschränkt. ⁵⁾ mit einer Constitution, Verfassung.

14. Die Rechte und Freiheiten des Menschen sind heilig und unantastbar durch das Gesetz; man muß vorziehen, das Leben zu verlieren, ehe man an sie die Hand von einer Macht der Welt legen läßt. Paul Förster. (Aus der Berliner „Zukunft“.)

Zwei Broschüren.

1) „Der Anschluß Süddeutschlands an die Staaten der preussischen Hegemonie sein sicherer Untergang bei einem französisch-preussischen Krieg. Mahnung an alle Patrioten. Mit wissenschaftlichen Gründen dargethan von einem Deutschen Offizier. Zürich. Verlagsmagazin.“

Der Verfasser dieser Broschüre, auf die wir zurückkommen werden, entwickelt vom militärwissenschaftlichen Standpunkt aus mit unwiderleglichen Gründen, 1) daß Deutschland in Folge der Zerreißung durch Preußen dem Ausland gegenüber hilflos ist; 2) daß Preußen selbst sich durch die „Erfolge“ der Blut- und Eisenpolitik geschwächt hat; und 3) daß Süddeutschland vollständig von der Gnade Frankreichs und Oesterreichs abhängt.

Zum Schluß faßt der deutsche Offizier das von ihm Bewiesene in folgenden Sätzen zusammen:

- „1) Deutschland ist jetzt ungleich wehrloser und gefährdeter (besonders Frankreich gegenüber), wie zur Zeit des Bundes.
- 2) Eine eigentliche militärische Sicherheit Deutschlands existirt nicht mehr.
- 3) Preußen kann, trotz der unerhörtesten militärischen Anstrengungen, bei einem Krieg mit Frankreich unter den jetzigen Verhältnissen, höchstens sich selbst und seinen Nordbund einigermaßen beschirmen. Doch bleibt ihm auch hierbei als sichere Rolle die Defensiv.
- 4) Südlich der Mainlinie kann Preußen nur dann militärisch Stellung gegen Frankreich nehmen, wenn Oesterreich dieses ausdrücklich — erlaubt.
- 5) Eine gedeihliche Vertheidigung Südwestdeutschlands ist überhaupt nur unter energischer Theilnahme Oesterreichs am Kampfe denkbar. Ohne solche Theilnahme wird schon die Idee einer derartigen Vertheidigung — Berrücktheit.
- 6) Oesterreich beherrscht Südwestdeutschland strategisch weit mehr, wie Preußen Norddeutschland strategisch beherrscht. Das formelle Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland hat hieran zu Gunsten Preußens gar Nichts geändert. Dasselbe ließ vielmehr diese Beherrschung nur um so flagranter hervortreten, brachte Süddeutschland militärisch in eine um so schlimmere Lage.
- 7) Die nachtheilige Schwere aller dieser Verhältnisse ruht jetzt vor Allem auf dem Grenzland Baden.
- 8) Ein Eintritt Südwestdeutschlands in den Nordbund hilft Ersterem militärisch nicht das Geringste; im Gegentheil muß er ihm nur höchst verderblich werden.
- 9) Wie die Dinge einmal liegen, können die südwestdeutschen Staaten auch durchaus nichts Gutes von Militärconventionen, von Separatbündnissen mit Preußen erwarten.
- 10) Desgleichen ändert es ihre militärische Lage nicht, wenn sie zu ihrem volkswirtschaftlichen Nachtheil sich mit dem preussischen Militärsystem belasten.
- 11) Das einzige, ihrer dermaligen exponirten Lage noch

^{*)} ausgefegten, bedrohten.

am besten entsprechende Militärsystem ist das schweizerische der allgemeinen Volkbewaffnung.

12) Im Uebrigen dürfen diese Staaten sich um Alles nicht für Preußen und seinen Nordbund — kompromittiren, insbesondere nicht gegenüber Oesterreich und Frankreich. Das Klügste ist; sie kultiviren*) im Innern das Thema der Volksthümlichkeit oder der Freiheit, und nach Außen halten sie möglichst gute Freundschaft mit Oesterreich! Der Berliner Farn kann ihnen Nichts mehr schaden, wohl aber der Wiener!"

2) „Die Hannoveraner vor Eisenach am 24. Juni 1866. Offenes Sendschreiben als Antwort an den Koburg'schen Minister Herrn von Seebach von Onno Klopp. Wien, Wilhelm Braumüller, k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.“

Mit unbarmherziger Logik und in ruhiger würdevoller Sprache, wie das Bewußtsein des Rechts und der Ueberlegenheit sie eingiebt, deckt Onno Klopp die Verdrehungen und Trugschlüsse auf, durch die Herr von Seebach seinen Herrn und Klienten, den Herzog von Koburg, gegen die Anklage, die Hannoveraner an Preußen verrathen zu haben, zu vertheidigen suchte. Die Broschüre ist ein Fallbeil. Nie ist eine moralische Hinrichtung gründlicher und zugleich „eleganter“ vollstreckt worden.

Aus England.

London, den 8. März.

Gladstone hat seinen großen Trumpf ausgespielt. Die Bill zur Abschaffung der irischen Kirche ward vorigen Montag zum ersten Male verlesen. Sie besteht aus 63 Klauseln und nimmt 28 Seiten im Folioformat der blue-books**). In einer 3 1/2 stündigen Rede fragte Gladstone um Erlaubniß die Bill einbringen zu dürfen, die Erlaubniß ward ohne Diskussion gewährt. Disraeli erklärte nur im Namen der Opposition, daß sie ihre Meinung nicht geändert habe, es sei Revolution und Konfiskation. Die zweite Vorlesung ist auf den 18. März festgesetzt. Disraeli gibt zu, daß durch das Resultat (Ergebniß) der Wahl die Frage selbst bereits entschieden ist. Es handelt sich demnach nicht mehr darum, ob die irische Staatskirche abgeschafft werden soll, sondern darum, wie es am leichtesten auszuführen ist. Die Hauptpunkte der Bill sind: Am 1. Januar 1871 treten alle auf die irische Staatskirche bezüglichen Gesetze außer Kraft, die mit ihr verbundenen religiösen Körperschaften lösen sich auf und die Bischöfe verlieren ihre Sitze im Oberhaufe. Es steht den Protestanten frei die alten Körperschaften durch eine leitende Körperschaft zu ersetzen, die wie jede andere religiöse Körperschaft vom Geheimen Staatsrath als solche anerkannt werden kann; aber diese Anerkennung hängt davon ab, daß besagte Körperschaft eine gleichmäßige Vertretung der Laien, der niederen und der höheren Geistlichkeit ist. Am Tage, wo die Bill die königliche Zustimmung erhält, tritt die heutige Kirchenkommission zurück und eine durch die Bill geschaffene Kommission nimmt Besitz von allen Kirchengütern und Einkünften. Die Vollmachten dieser Kommission erstrecken sich über einen Zeitraum von zehn Jahren, während dessen sämmtliches Kircheneigenthum endgültig veräußert wird und alle

Geldgeschäfte endgültig abgewickelt werden. Alle geistlichen und weltlichen Kirchenbeamten beziehen ihren gegenwärtigen Jahresgehalt auf Lebenszeit, vorausgesetzt, daß sie die mit demselben verbundenen Funktionen (Amtbefugnisse) verrichten. Nach beiderseitiger Uebereinkunft kann die leitende Körperschaft die Besoldung der Kirchenbeamten übernehmen. In diesem Falle bezahlt die Kommission auf einmal fünf und zwanzig mal so viel, als der Jahresgehalt ausmacht. Die Einkünfte der irischen Kirche repräsentiren (stellen dar) eine Kapitalsumme von 16,000,000 Pf. St. Davon sind erforderlich zur Versorgung der geistlichen Würdenträger 4,900,000 Pf. St., der Kirchendiener, Schreiber, Todtengräber u. 900,000 Pf. St., zur Rückerstattung von Privatvermächtnissen 500,000 Pf. St., zur Vergütung an die Universitäten 1,135,000 Pf. St. Im Ganzen wird die zur Befriedigung aller Ansprüche nöthige Summe auf 8,650,000 Pf. St. veranschlagt. Der Staat verpflichtet sich, zwölf größere Kirchen, meistens Kathedralkirchen, als nationale Kunst-Denkmalen zu erhalten. (Würden sich die Räume dieser Kunst-Denkmalen nicht zu Hallen für wissenschaftliche Volksvorträge eignen?)

Die übrigen, gegenwärtig dem Gottesdienste gewidmeten Kirchengebäude werden den Gemeinden überlassen, unter der Bedingung, daß sie beständig zu demselben Zwecke benützt und erhalten, oder daß im Falle des Niederreisens andere an ihrer Stelle errichtet werden. Gebäude, die nicht unter dieser Bedingung übernommen werden, und andere die im Verfall begriffen sind, werden abgerissen und das Material nebst dem Boden, worauf sie stehen, öffentlich verkauft. Den Bauern, die Kirchengeländereien im Pacht haben, steht es frei innerhalb drei Jahren dieselben käuflich zu erwerben. Der Kaufpreis ist der jährliche Pachtwerth durch 22 1/2 multipliziert. Die Zehnpflichtigen Eigenthümer entledigen sich ihrer Verbindlichkeiten dadurch, daß sie 22 1/2 mal so viel, als sie bisher jährlich bezahlten, auf einmal bezahlen. Um beide in den Stand zu setzen, dieses zu thun, wird ihnen die Regierung den vollen Betrag leihen, wofür sie 45 Jahre lang, jährlich 4 1/2 Prozent der geliehenen Summe an den Staat bezahlen, um die Schuld zu tilgen. Was von den 16,000,000 Pf. St. übrig bleibt, wird den Anstalten für unbemittelte Geistesranke, Blinde, Taubstumme und zur Bildung von Hebammen überwiesen.

Am Donnerstag trug der Minister des Innern auf Ernennung eines Komitès an, das die Art und Weise, wie heute die Parlamentswahlen geführt werden, zu untersuchen habe, damit man, nach Gewinnung einer vollständigen Ueberlicht aller Thatfachen, geeignete Maßregeln treffen könne, um das Wahlverfahren von dem nationalen Schandfleck der Korruption*) zu reinigen. Alle bisher gemachten Gesetze gegen Wahlbestechungen, sagte er, hätten sich als fruchtlos erwiesen. Aber nicht die eigentlichen Bestechungen, sondern die vom Gesetz erlaubten Ausgaben bildeten den größten Schandfleck unseres Wahlsystems. Einer seiner Freunde habe bei der letzten Wahl 15,302 Pf. St. auf gesetzlichem Wege verausgabt, und so lange das Gesetz solche Geldverschwendung erlaube, sei keine Aussicht vorhanden, daß die Arbeiterklasse durch eigene Repräsentanten im Parlament vertreten werden könne. Er erklärte weiter, unter großen Beifallsbezeugungen der liberalen Seite, daß er durch die letzte Wahl belehrt worden und jetzt für geheime Abstimmung sei. Die konservative Seite des Hauses verwarnte sich gegen eine Untersuchung, die möglichen Falls zum Deckmantel von bereits beschlossenen Maßregeln des Ministeriums gemacht werden könnte; man wagte aber nicht gegen den Vorschlag zu stimmen. Wenn sich ver-

*) pflegen.

**) Blaubücher, so nennt man nach dem Umschlag die von der Regierung dem Parlament vorgelegten Sammlungen amtlicher Aktenstücke.

*) Verderbtheit, hier: Wahlbestechung.

dorbene Charaktere ihres eigenen Thuns und Treibens schämen, so ist Hoffnung zur Besserung vorhanden. Die Beschränkung der Wahlkosten durch das Gesetz wird eine Probe liefern, in wie weit das liberale Bürgerthum geneigt ist, der Arbeiterklasse die parlamentarische Repräsentation zu erleichtern; die gänzliche Unterdrückung dieser Kosten wäre ein Beweis der Bereitwilligkeit, den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Parlament auszusechten.

Die Züchtigung des abyssinischen Barbaren Königs kommt etwas theuer zu stehen. Der ursprüngliche Kostenanschlag der Expedition war 3,000,000 Pf. St., ein späterer war 5,000,000 Pf. St., die bereits eingelaufenen Rechnungen belaufen sich auf 8,763,000 Pf. St., die Gesamtkosten werden sich auf 10,000,000 Pf. St. belaufen. Wie würden sich die gläubigen Bourgeois-Christen geberdet haben, wenn die Regierung, statt Proselytenmacher nach Abyssinien, ein Pionierkorps in die Kolonien geschickt hätte, um Vorbereitungen zu machen, einige tausend unbefähigte Arbeiter zu behausen, und statt 10,000,000 Pf. St. an eine militärische Expedition zu verschwenden, 1,000,000 Pf. St. armen auswanderungslustigen Arbeitern zur Verfügung gestellt hätte? Ein Land, das so viel thut, den Heiden das Evangelium zu predigen, sollte doch etwas thun, seinen verarmten Landeskindern Mittel zu gewähren sich durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren.

Vor einigen Tagen fand hier eine Conferenz statt, welche Vorrichtungen für einen im Monat Mai abzuhaltenden Coöperativ-Kongress (Congress der Produktivgenossenschaften) getroffen hat. Einige Redner sprachen sich höchst unzufrieden über die Richtung der heutigen Genossenschaften aus, die sich mehr und mehr in reine Profitmacher-Gesellschaften verwandelten. Man beabsichtigt, Vertreter von Trades' Unions (Gewerksgenossenschaften) zu diesem Kongresse einzuladen.

Aus dem Redaktionsbureau des Berliner „Sozial-Demokrat“ schiebt man uns folgendes:

Muster-Schema für Agitationsberichte aus Sachsen.

Zur Agitation in Sachsen.

(I. Bericht.)

... den 3. März 1869.

Gestern hatten unsere Freunde in Burkensdorf eine Volks-Versammlung zusammenberufen, um uns Gelegenheit zu geben, den dortigen Arbeitern den Segen unserer großen Prinzipien zu Theil werden zu lassen. Die bloße Nachricht von unserer Ankunft hatte trotz des schlechten Wetters Tausende herbeigerufen. Leider war unser braver Schumann verhindert in seiner klaren Weise unsere Ziele darzulegen, weil er zu gleicher Zeit als Vorposten in einem benachbarten kleinen Dorfe thätig war. Als man zur Wahl eines Vorsitzenden schreiten wollte, ertönte von allen Seiten der stürmische Ruf: „Liebisch! Liebisch!“ Nur mit Mühe gelang es mir klar zu legen, daß ich vollständig in Anspruch genommen sein würde, um die Gegner, welche gewiß zahlreich erschienen sein würden, vollständig zu entkräften. Da glaubten unsere Feinde den Zeitpunkt günstig und schlugen „Hupfer“ (Volksparteiler!) vor. Unsere Freunde stimmten großmüthig der Wahl zu, um den Beweis zu liefern, daß es uns selbst unter einem solchen Präsidium leicht werden würde, die Gegner zu vernichten. So wurde Hupfer gewählt.

Ich entwickelte in einstündiger glänzender Rede die ganze

soziale Frage und rief dadurch einen wahren Beifallsturm hervor. Arbeiter! Ihr hättet die bleichen Gesichter unierer Demagogen und Rache schraubenden Gegner sehen müssen, wie sie in wahrer Versehrerwuth ihre Bourgeois-Cigarrenstummel zerbrachen!

Die Herren Liebnecht und Bebel hatten die Gefahr gewittert und waren erschienen, um sich nun sofort zum Wort zu melden und die Personenfrage, um die es ihnen überhaupt nur zu thun ist, aufs Tapet zu bringen. (Ei! Ei!) Dadurch wurde aber sofort ein solcher Sturm hervorgerufen, daß sie froh sein mußten, überhaupt mit dem Leben davon zu kommen.

Voller Feigheit drückten sie sich mit Zurücklassung ihrer Hute, und als nun die Ruhe wieder hergestellt war, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt, daß sie fest steht auf dem Boden des sozial-demokratischen Nürnberger-Programms, und daß sie keine Veranlassung hat, sich der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins anzuschließen. Sie betrachtet vielmehr die Agitation der Herren Liebisch und Schumann als eine feindselige Störung der schon bestehenden Organisation in Sachsen, und erwartet, daß, wenn die Herren Liebisch und Schumann ehrlich nur das Arbeiterinteresse fördern wollen, sie sofort ihre Agitation in Sachsen einstellen.“

Es lebe der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, der einzige sozial-demokratische Verein! Es lebe Herr von Schweitzer!

In der folgenden Nummer!

Berichtigung:

Aus Versehen ist in dem letzten Agitationsbericht aus Sachsen die in Burkensdorf angenommene Resolution in der richtigen Fassung stehen geblieben; dies rührt einfach daher, daß Herr von Schweitzer damals in Erbschafts-Angelegenheiten verreiselt war. Die Redaktion bittet wegen des Versehens um Entschuldigung.

Jetzt, nachdem der Vereins-Präsident von seiner Reise zurückgekehrt, lautet die Resolution in ihrer modifizirten Fassung die Sozialdemokraten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zurecht verstimmelten, allein selig machenden Fassung:

„Die Versammlung erklärt, daß sie fest steht auf dem Boden des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und daß sie keine Veranlassung hat, sich dem undemokratischen Nürnberger Programm anzuschließen. Sie betrachtet vielmehr die Agitation der Herren Liebisch und Schumann als ein großes Verdictum um die Organisation in Sachsen und erwartet, daß die Herren Liebisch und Schumann, um das Arbeiterinteresse ehrlich zu fördern, ihre Agitation kräftig fortsetzen werden.“

Anzeigen.

Sieben erschien in meinem Verlage in zweiter Auflage:

Die Deutsche Arbeiterpartei.

Ihre Prinzipien und ihr Programm.

Arbeiterpreis à 2 Sgr. in Parthien nicht unter 6 Exemplaren (durch den Buchhandel à 5 Sgr.).

Frühere an den Verleger der „ersten Auflage“, Herr A. Jonas in Berlin gerichtete und von demselben nicht beantwortete Aufträge bitte ich zu wiederholen.

Berlin, im März 1869.

J. Winckler.
Waterloo-Ufer 10.